



„Mut zur Veränderung“

Die Agenda 2010



***„Entweder wir modernisieren
unsere soziale Marktwirtschaft oder
wir werden modernisiert,
und zwar von den ungebremsten
Kräften des Marktes,
die das Soziale beiseite drängen.“***

**Gerhard Schröder
Regierungserklärung vom 14. März 2003**

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside.

Sieben Herausforderungen.

- Schwache Investitionstätigkeit und schwacher Konsum.
- Demografischer Wandel, Überalterung der Gesellschaft.
- Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit.
- Überlastung der sozialen Sicherungssysteme.
- Sinkende Steuereinnahmen.
- Steigende Staatsschulden, hohe Zinszahlungen.
- Globalisierung, weltweite Konkurrenz.



Sieben Ziele.

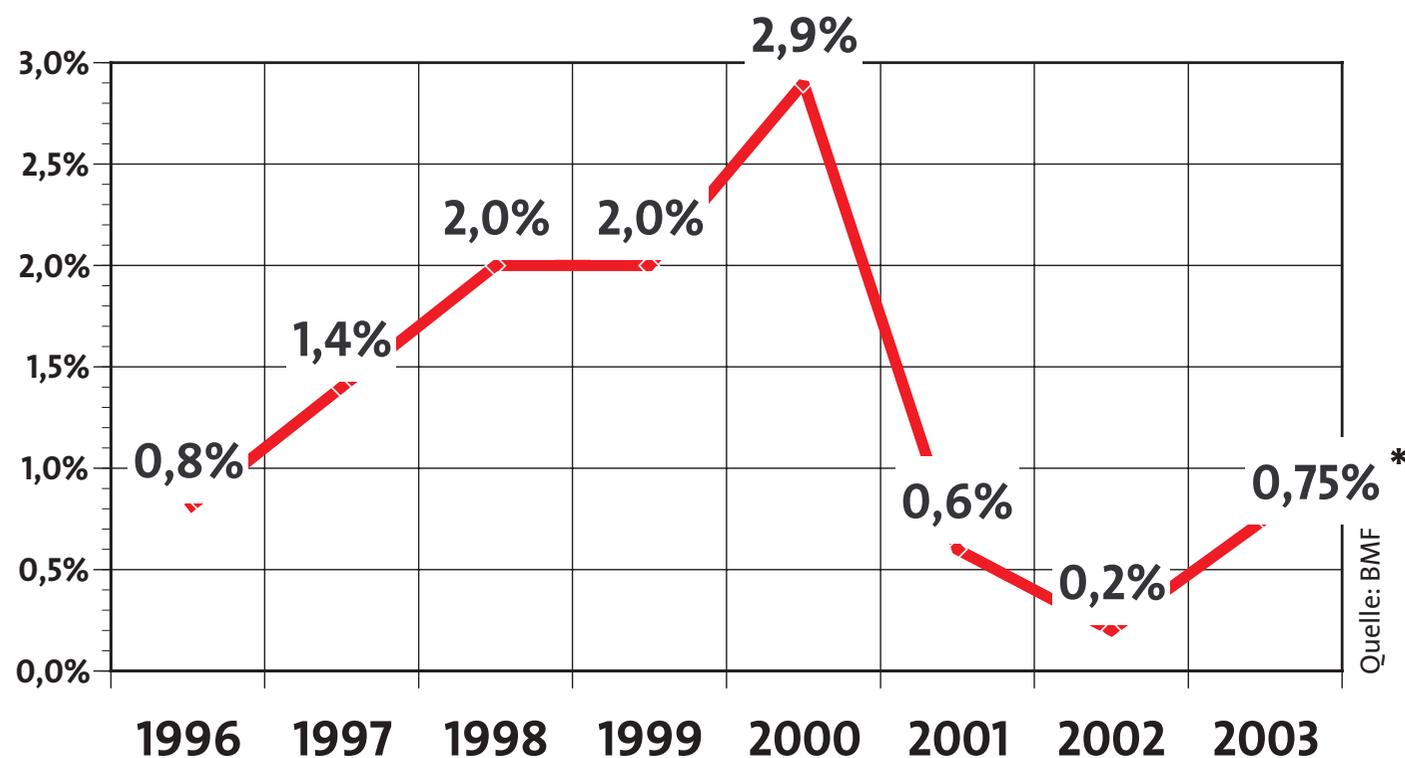
- Deutschland wieder zum Wachstumsmotor in Europa machen.
- Massenarbeitslosigkeit senken.
- Neue Chancen auf Erwerbsarbeit schaffen.
- Beschäftigungsschwelle senken.
- Sozialstaat erhalten, soziale Sicherungssysteme finanzierbar und zukunftsfähig gestalten.
- Generationengerechtigkeit sicherstellen.
- Eine gerechte Gesellschaft.



Herausforderungen

Wir brauchen mehr Wachstum.

Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in %

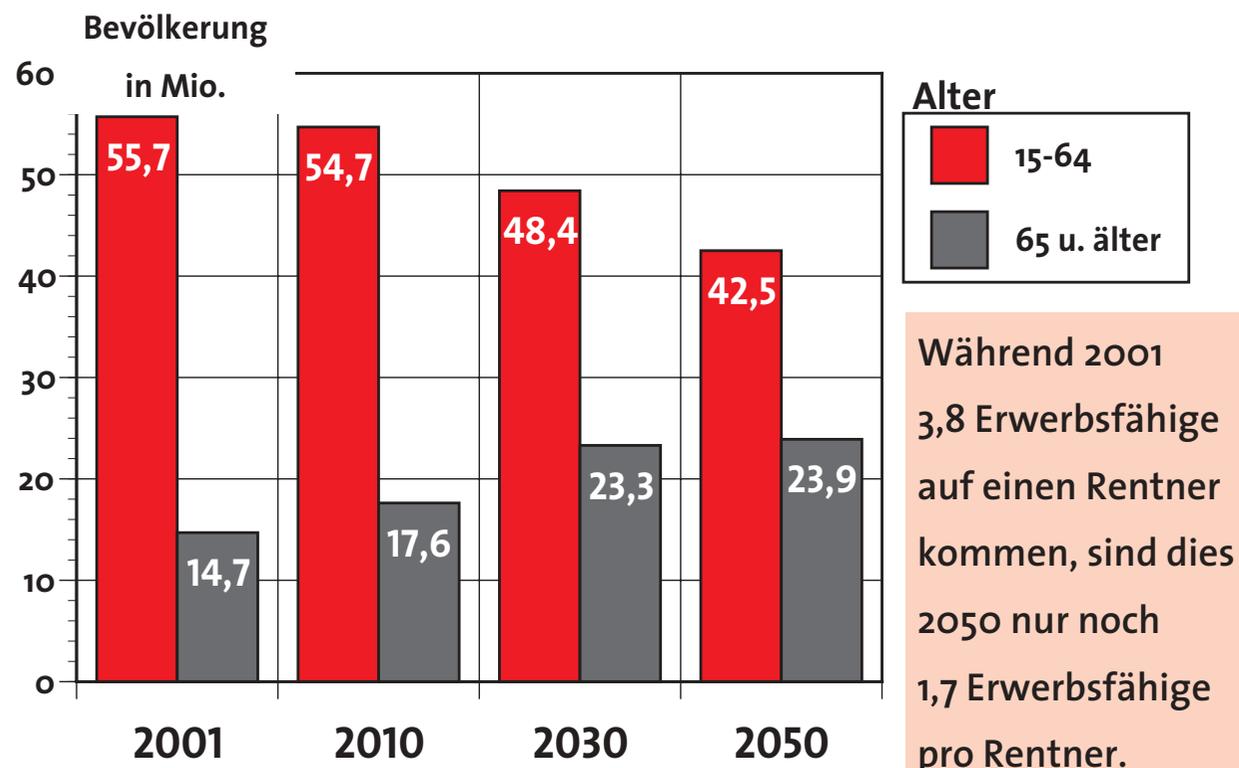


* Frühjahrsprognose der Bundesregierung

Herausforderungen

Gebraucht: Junge Erwerbstätige.

Verhältnis von Erwerbsfähigen zu Rentnern

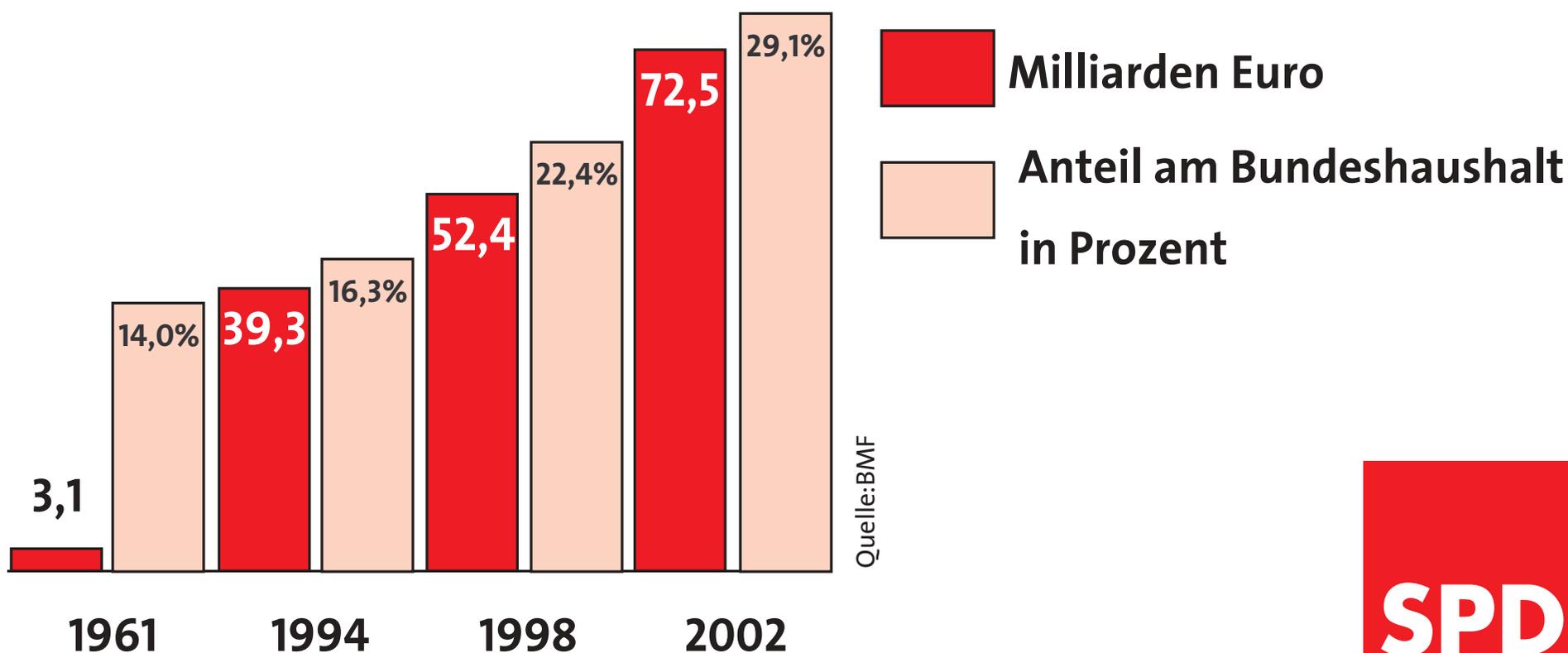


Quelle: Rürup-Kommission; dabei wurden unterstellt, dass

- die Fertilität (heißt Geburtenrate) konstant bleibt,
- die Lebenserwartung 65-jähriger gegenüber heute bei Männern von 15,6 Jahre (1999) auf 18,4 Jahre (2030) und bei Frauen von 19,3 Jahre (1999) auf 22,6 Jahre (2030) ansteigt und
- der Wanderungssaldo von Ausländern langfristig 200.000 pro Jahr beträgt.

Herausforderungen

Die Rente – schon jetzt ein Drittel der Bundesausgaben.



Herausforderungen

Umsteuern: Denn die Zukunft braucht kluge Köpfe.

Bundeshaushalt: Sozialausgaben, Zinslast und Ausgaben für Forschung und Bildung im Vergleich

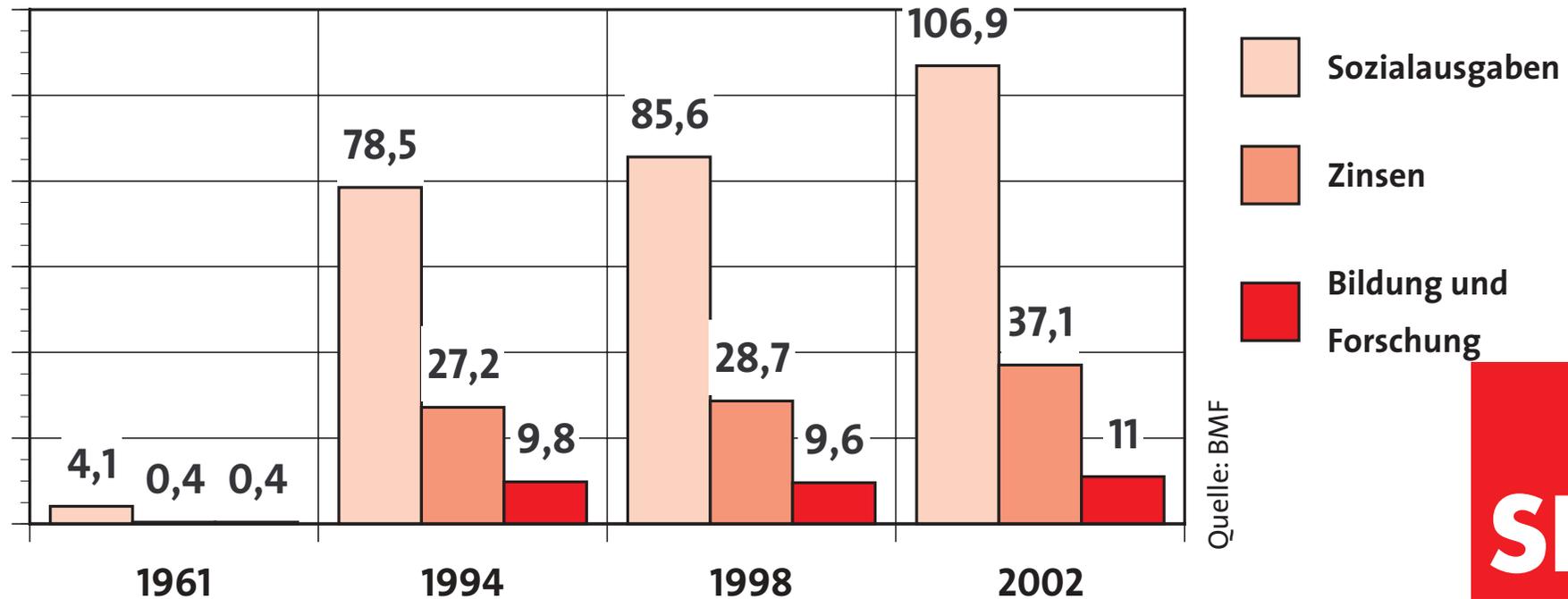


Chart 8



Herausforderungen

Arbeitslosigkeit – der Staat zahlt drauf.

Kosten der Arbeitslosigkeit in Mrd. Euro (Ausgaben und Mindereinnahmen)

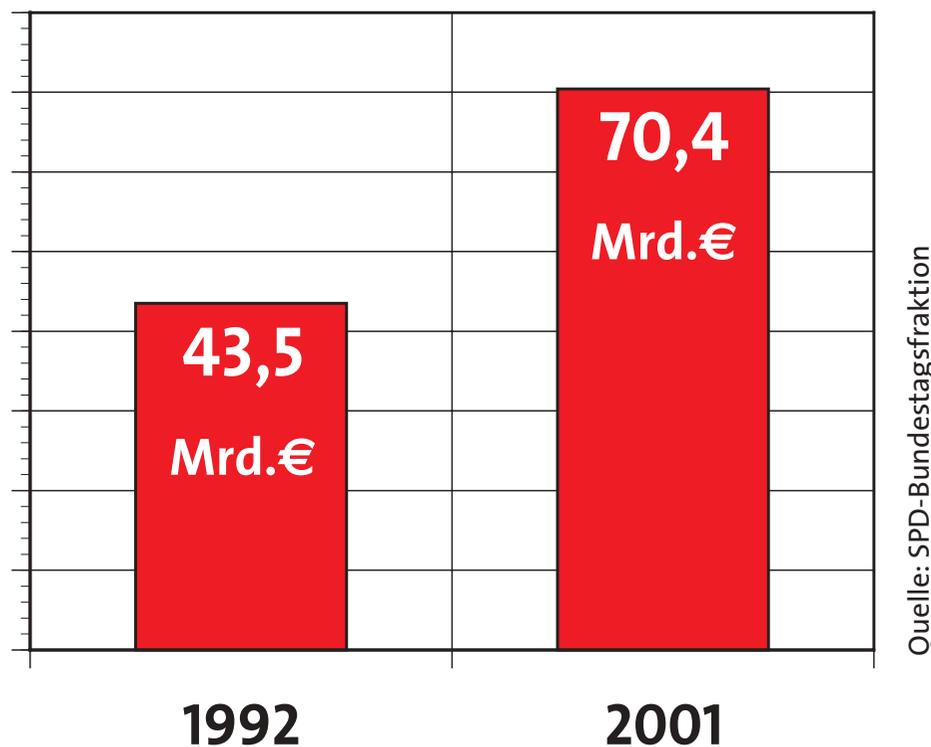


Chart 9

Herausforderungen

Sozialbeiträge – ein Anfang ist gemacht.

Anteil der Sozialversicherungsbeiträge am Bruttoeinkommen in Prozent

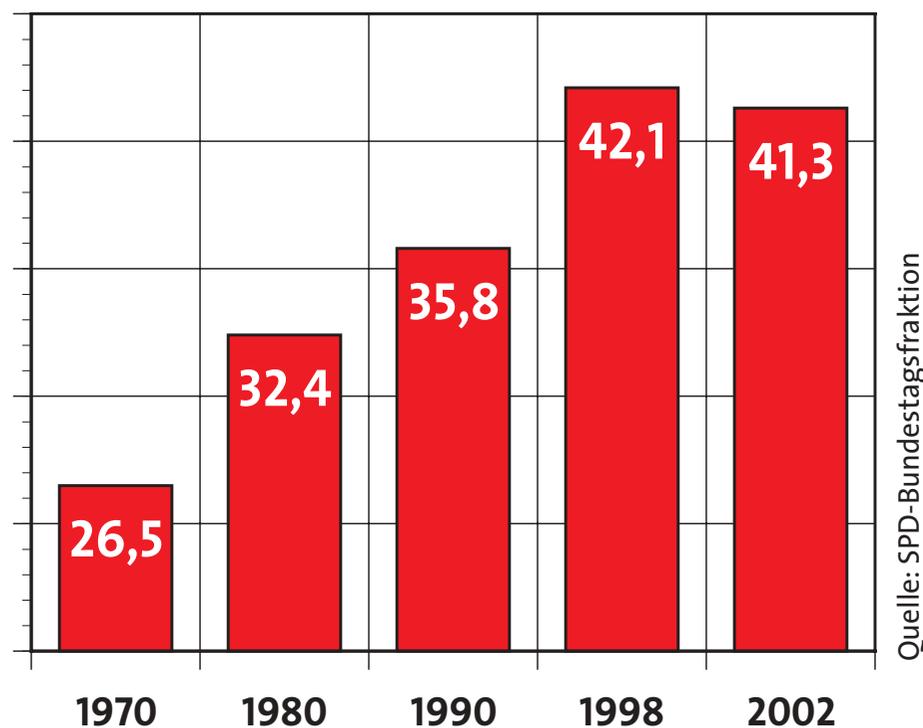


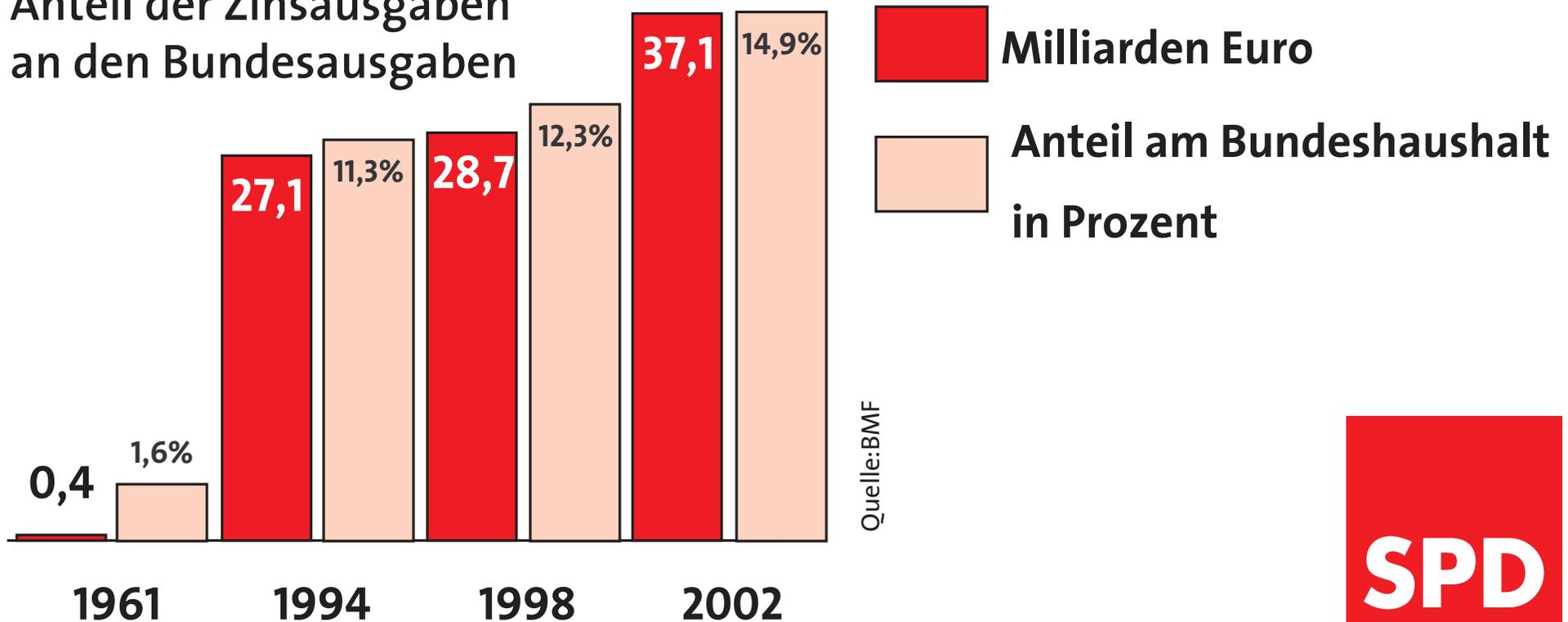
Chart 10

**SPD**

Herausforderungen

Zinsen: Wir zahlen für die Sünden der Vergangenheit.

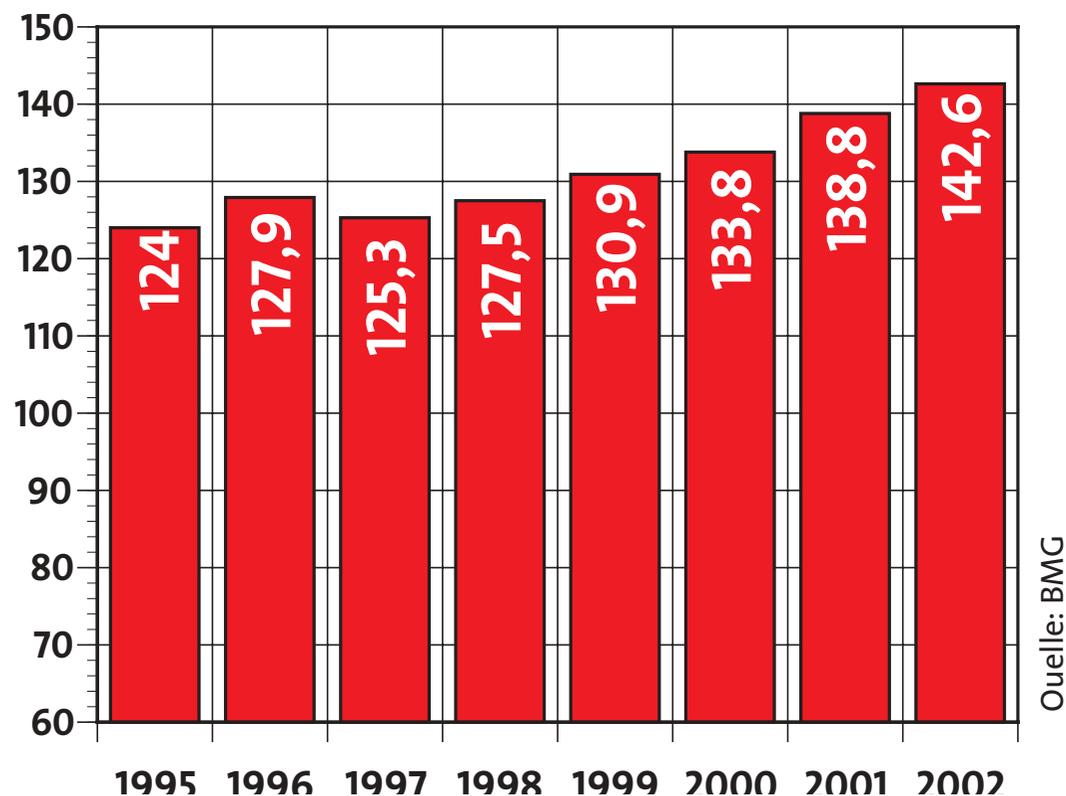
Anteil der Zinsausgaben an den Bundesaussgaben



Herausforderungen

Gesundheitskosten: Hoher Einsatz.

Kostenentwicklung in der
Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) (in Mrd. Euro)

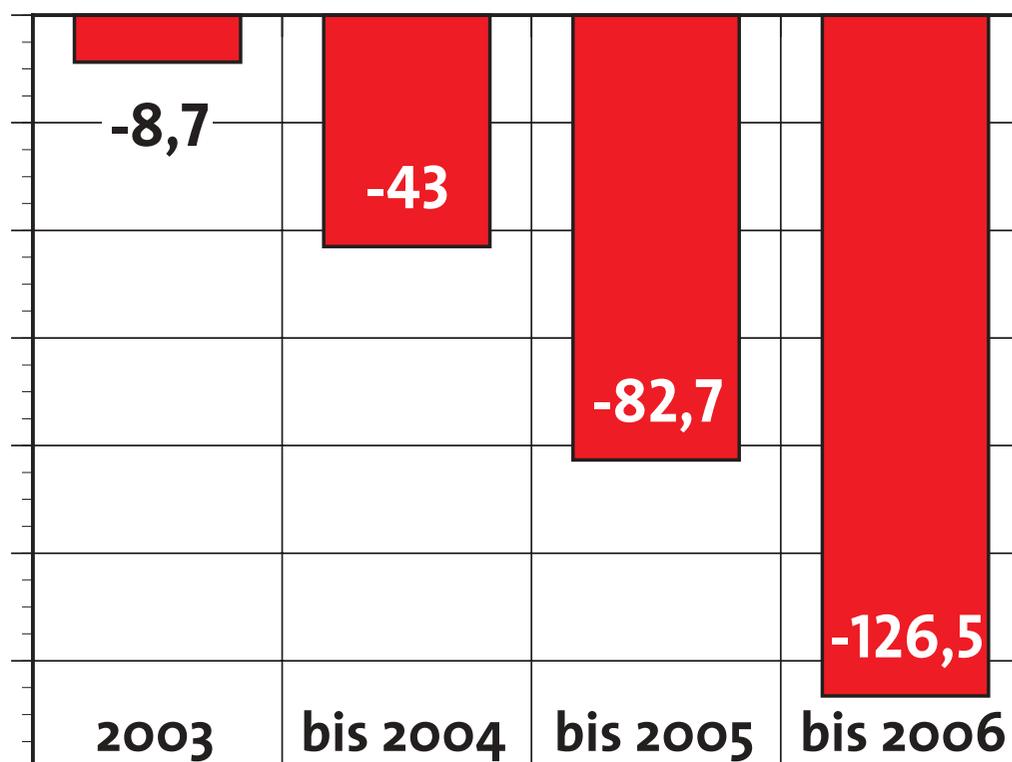


Herausforderungen

Steuerschätzung: Sinkende Einnahmen.

Geschätzte Steuer-
mindereinnahmen
in Milliarden Euro
(aufaddiert)

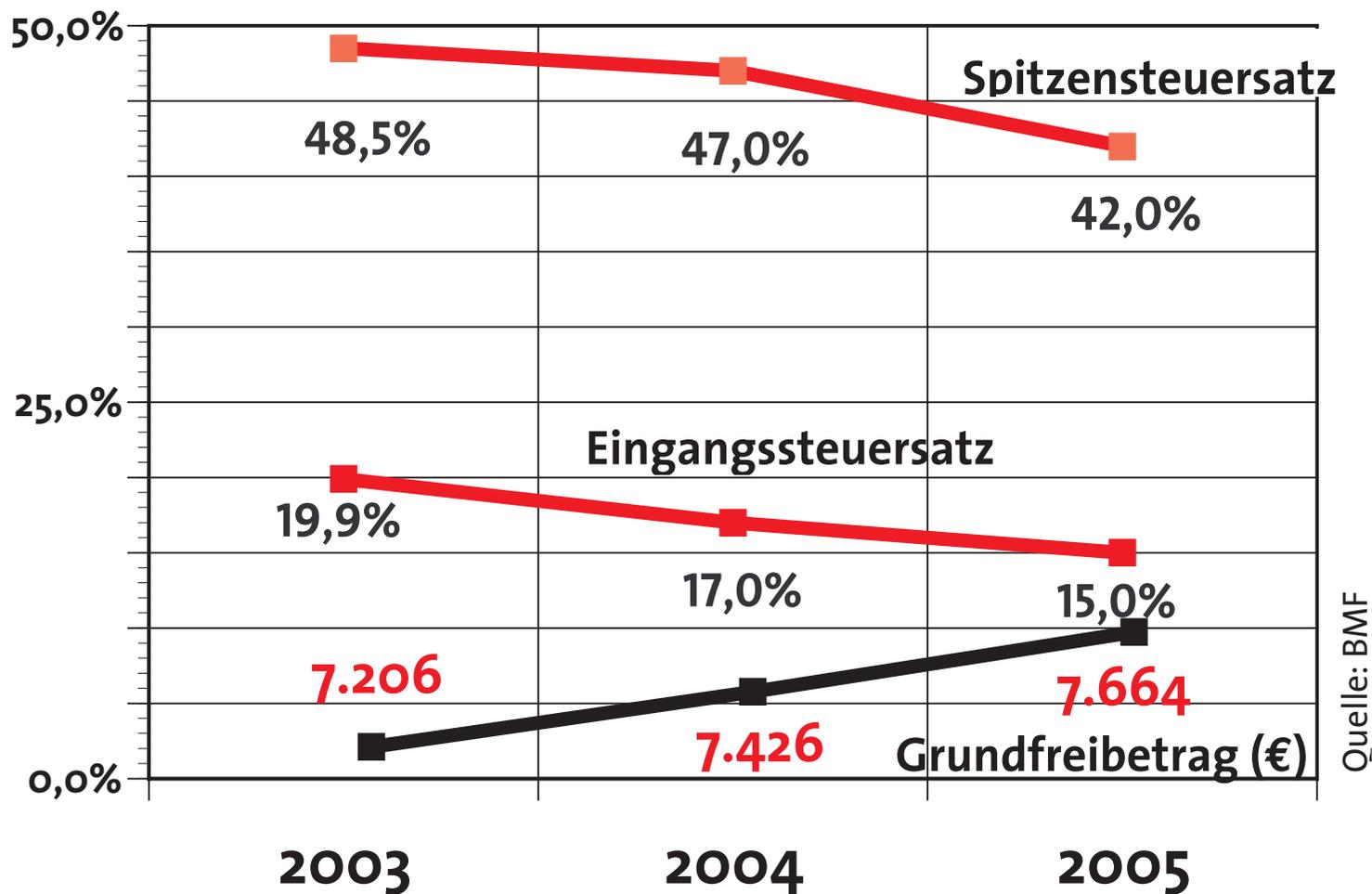
Vergleich Schätzung
November 2002 / Mai 2003



Quelle: Ak Steuerschätzung

SPD

Weniger Steuern – mehr Wachstum.



Quelle: BMF



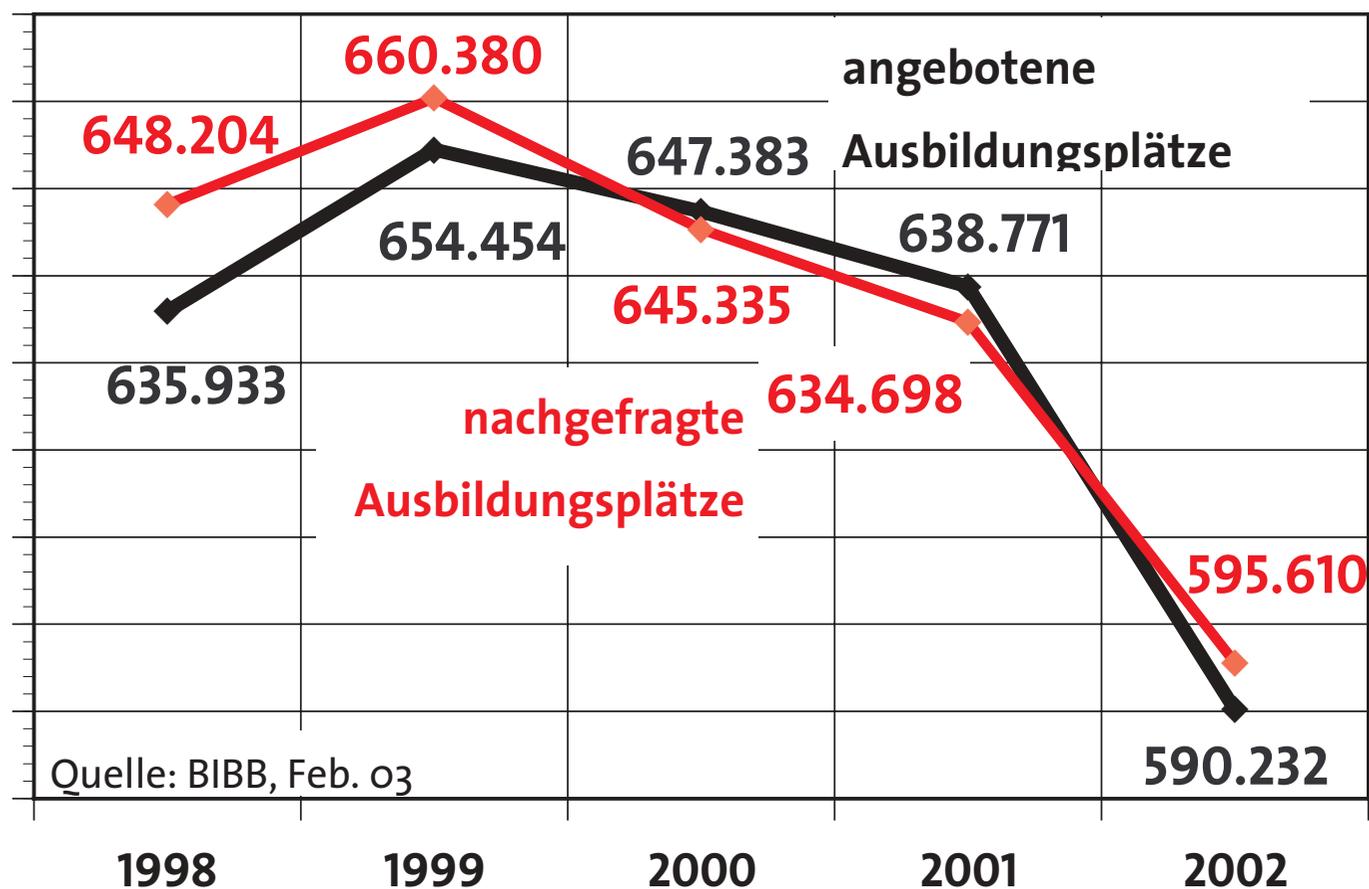
Schub für die Wirtschaft: Geld für Bildung und Infrastruktur.

Investitionen in die Zukunft 1998 - 2003

	1998	2003	
Ausgaben für Bildung und Forschung (Etat BMBF)	7,26 Mrd. Euro	9,10 Mrd. Euro	+1,84 Mrd. Euro (+ 25,3%)
Investitionsanteil im BMVBW-Etat (Bauen, Wohnen, Verkehr)	45,0%	50,4%	5,4%-Punkte
Mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (*)	9,49 Mrd. Euro	11,49 Mrd. Euro	+2,0 Mrd. Euro (+21,1%)



Lehrstellen: Die Schere öffnet sich wieder.



Perspektiven für die Jugend (1).

- Sonderprogramm des Bundes für 100.000 jugendliche Sozialhilfeempfänger zwischen 15 und 25 (JumpPlus).
- Ausbilder-Eignungsverordnung wird für 5 Jahre ausgesetzt.
- Mehr zweijährige und gestufte Ausbildungsordnungen.

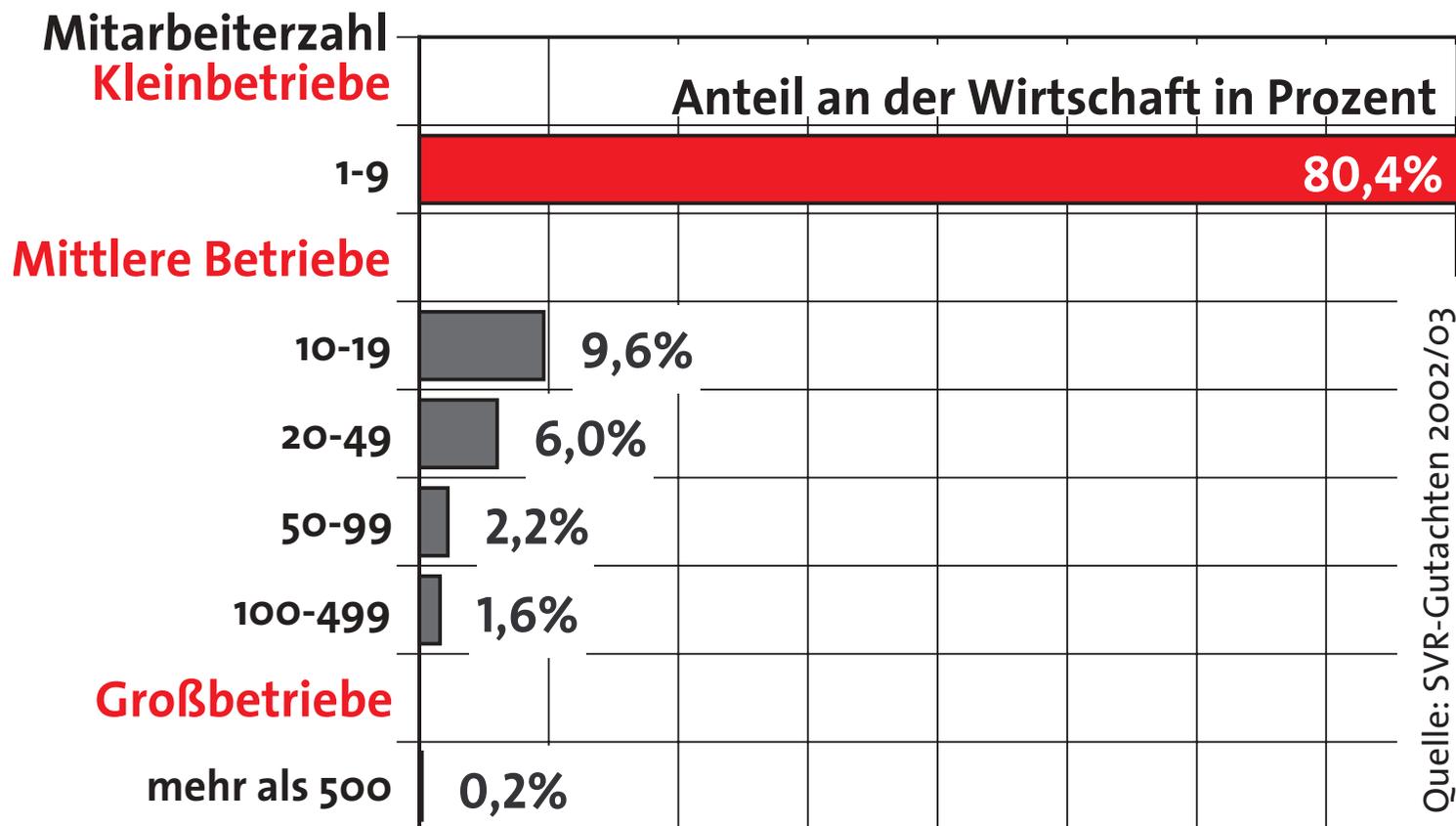


Perspektiven für die Jugend (2).

- **Bund-Länder-Ausbildungsprogramm für Ostdeutschland (14.000 Plätze) fortsetzen.**
- **„Kapital für Arbeit“ für Auszubildende öffnen.**
- **Einrichtung eines Ausbildungsplatzfonds, wenn die Wirtschaft ihre Zusagen für mehr Lehrstellen nicht einhält.**
- **Ausbildungsbetriebe werden von Kammergebühren entlastet.**

Kleine ganz groß: Der Mittelstand.

Anteil der Kleinbetriebe an der Wirtschaft



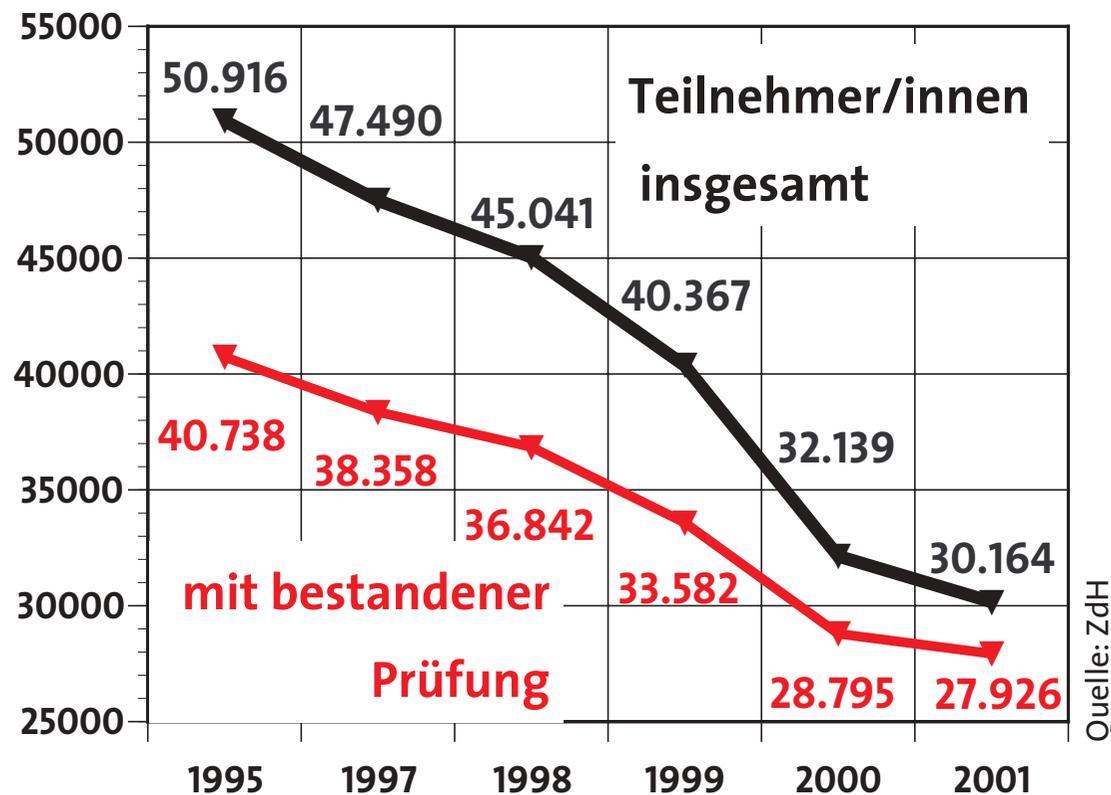
Wir geben Gründern eine Chance.

- Befristung von Arbeitsverträgen bis zu vier Jahren möglich (bislang zwei Jahre).
- Freistellung von Pflichtbeiträgen zu den Kammern in den ersten vier Jahren.
- Small-Business-Act für Kleinstunternehmen:
 - Betriebskostenpauschale in Höhe von 50 % der Einnahmen;
 - Vereinfachung von Buchführungs- und Aufzeichnungspflicht;
 - Wegfall der Umsatzsteuerpflicht.



Handwerk hat goldenen Boden – aber zu viele alte Zöpfe.

Entwicklung der Meisterprüfungen



Wir geben dem Handwerk eine neue Ordnung.

- Für zwei Drittel aller Meisterberufe wird künftig keine Meisterprüfung mehr erforderlich sein.
- Nur noch für 29 Berufe ist die Meisterprüfung vorgeschrieben. In diesen Berufen (z.B. Gas- u. Heizungsinstallateure) können sich Gesellen nach 10 Jahren ohne Meisterprüfung selbständig machen.
- Das „Inhaber-Prinzip“ wird aufgehoben.
- Ich-AG's und Existenzgründer erhalten erleichterte Startbedingungen in selbständige handwerkliche Tätigkeit.



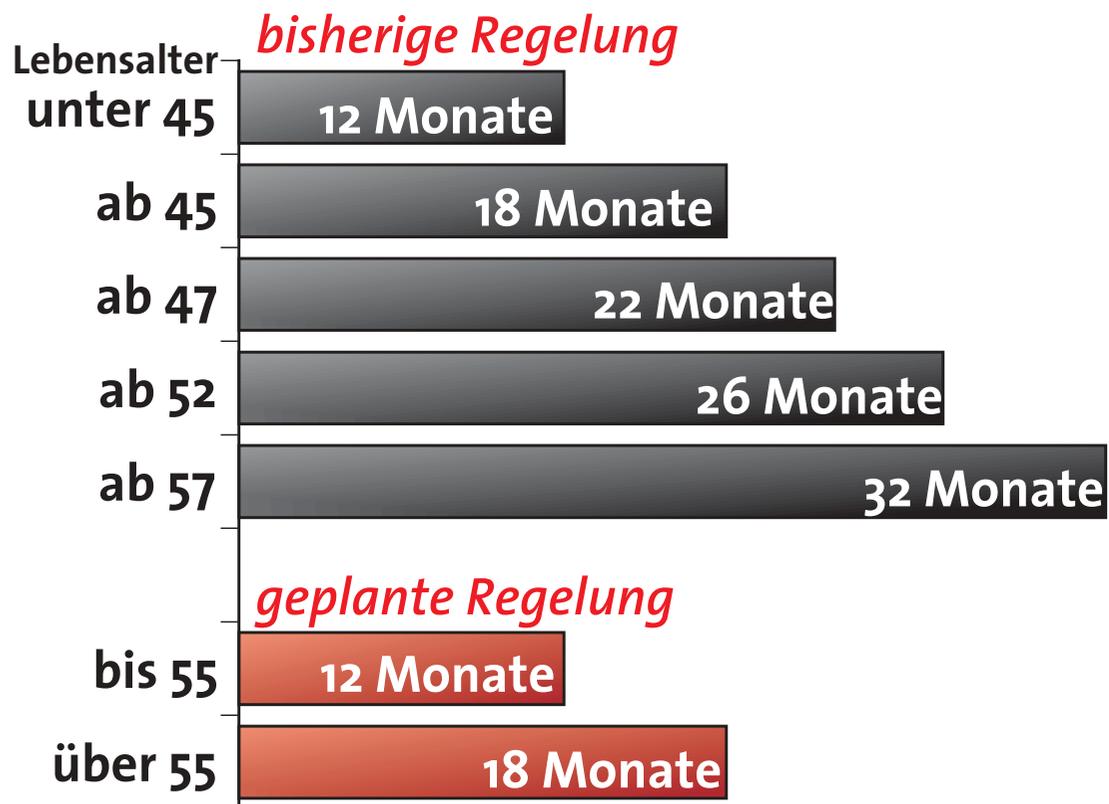
Wir helfen unseren **Kommunen.**

- Befreiung vom Beitrag zur Finanzierung des Flutopfer-Fonds (800 Mio. Euro).
- Ab 1.1.2004: Entlastung von Finanzierung arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger in Höhe mehrerer Milliarden.
- Kredit-Programm (15 Milliarden Euro) für kommunale Investitionen und Wohnungssanierung:
 - 7 Milliarden Euro für kommunale Infrastruktur;
 - 8 Milliarden Euro für private Wohnungssanierung.
- Neuregelung der Gewerbesteuer.



Frührente mit Spätfolgen.

Maximale Bezugsdauer von Arbeitslosengeld



■ Bis Anfang 2006 (gepl.) gilt Vertrauensschutz



Das neue „Arbeitslosengeld II“(1).

- Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden zum neuen „Arbeitslosengeld II“ zusammengeführt.
- Das ALG II umfasst Leistungen zum Lebensunterhalt, Familienhilfen, Beiträge zur Gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie Eingliederungsleistungen.
- Das ALG II soll in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen.

Das neue „Arbeitslosengeld II“(2).

- Leistungsbezieher können in größerem Umfang als bislang zum ALG II hinzu verdienen (Stichwort: Minijobs).
- Vom eigenen Vermögen bleiben Wohneigentum, Auto und Altersvorsorge anrechnungsfrei.
- Für die jetzigen Arbeitslosenhilfe- und zukünftigen Arbeitslosengeldbezieher gibt es Übergangsregelungen (Absenkung in Stufen).



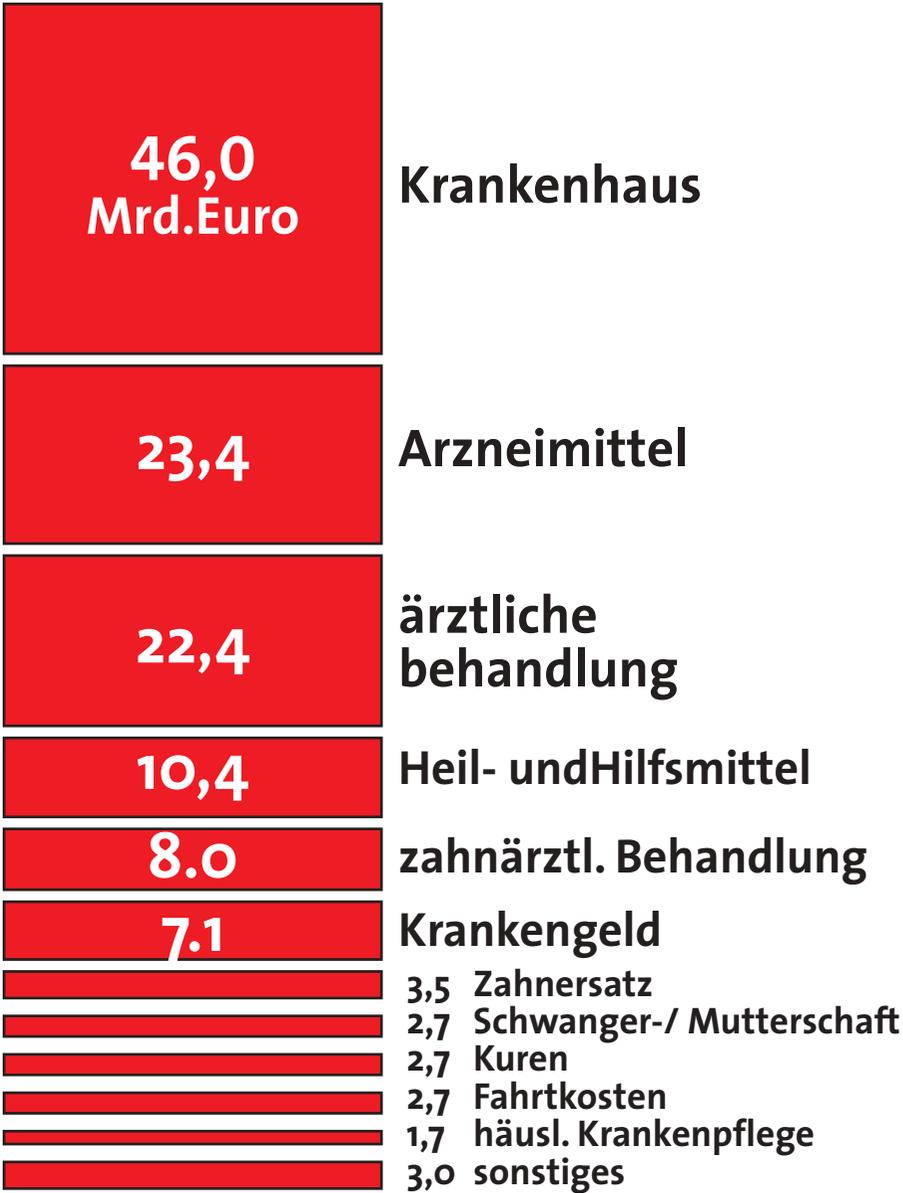
Kündigungsschutz: Mehr Spielraum statt „hire and fire“.

- Der Kündigungsschutz bleibt in seiner Substanz erhalten (ab 5 Beschäftigte), niemand verliert seinen Kündigungsschutz.
- Befristet angestellte Beschäftigte, Zeit- oder Leiharbeiter werden bis zu einer Obergrenze nicht auf diese Zahl angerechnet.
- Die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen wird auf drei Kriterien begrenzt: Betriebszugehörigkeit, Lebensalter und Unterhaltspflichten.



Gesundheit: So fließt das Geld.

Kostenaufteilung in
der Gesetzlichen
Krankenversicherung



Ein modernes Gesundheitswesen: Sozial und marktwirtschaftlich (1).

- Die Rolle des Hausarztes wird gestärkt:
 - Bonusmodelle für Versicherte, die zuerst den Hausarzt aufsuchen;
 - Praxisgebühren nur für die, die direkt zum Facharzt gehen (Ausnahme Kinder-, Frauen, Zahn- und Augenärzte).

- Liberalisierung des Pharmamarktes:
 - Versandhandel von Arzneimitteln;
 - Zulassung von Apothekenketten;
 - Positivliste für Arzneimittel

Ein modernes Gesundheitswesen: Sozial und marktwirtschaftlich (2).

- **Aufhebung des Vertragsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigungen:**
 - Einzelverträge zwischen Kassen und neuen Fachärzten;
 - Stärkung der Kliniken bei der ambulanten Versorgung.

- **Einführung einer elektronischen Patientenkarte und Patientenquittung.**



Ein modernes Gesundheitswesen: Jeder trägt sein Scherflein bei (1).

- Jede und jeder erhalten die notwendige medizinische Versorgung – unabhängig von Alter und Einkommen.
- Das Krankengeld soll künftig privat abgesichert werden, aber weiterhin in der GKV bleiben.
- Nicht verschreibungspflichtige Medikamente (z.B. Aspirin) müssen– ebenso wie die Kosten für Sterilisation und künstliche Befruchtung selbst bezahlt werden.



Ein modernes Gesundheitswesen: Jeder trägt sein Scherflein bei (2).

- Leistungen, die nichts mit Krankheiten zu tun haben (z.B. Mutterschaftsgeld), werden aus Steuern finanziert.
- Höhere Lasten für ungesundes Verhalten (Erhöhung der Tabaksteuer in drei Stufen ab 2004 um 1€ pro Schachtel).
- Rentner müssen Beiträge auch auf Versorgungsbezüge zahlen.

Mut zur Veränderung.



„Entweder wir modernisieren unsere soziale Marktwirtschaft oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen.“

Gerhard Schröder, Regierungserklärung vom 14. März 2003

SPD